

# Berliner Tageblatt

Nr. 355

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 29. Juli 1925

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Der Industriekampf in England.

### Das Wesen der Bergbaukrise.

Die Streikgefahr. — Lohnföhrung und Arbeitsverlängerung. (Telegramm unserer Korrespondenten)

London, 29. Juli.

Es ist kaum möglich, die Bedeutung der Bergbaukrise, die heute den englischen Wirtschaftskörper erschüttert, zu überschätzen. Denn sie ist kein vereinzeltes Schicksal, wie ihn jedes Land von Zeit zu Zeit durchmacht, sondern ein Kampf um eine neue Wirtschaftsorientierung, von der die englische Industrie ihre Zukunft abhängig zu machen glaubt. Ob die Krise in dieser Woche zum Ausbruch kommt oder nicht, tritt deshalb, so furchtbar ein Streik im gewermtägigen Ausmaß die englische Industrie auch treffen mag, hinter dem alles überwaltigenden Gesichtspunkt zurück, worin letzten Endes in diesem Kampf Sieger bleibt. Der Vorstoß ging von der Kohlenindustrie aus, die mit ihren 500 gefühllosen Kohlengruben und nahezu 400000 arbeitenden Bergarbeitern die legitime politische Vertretung der englischen Industrie darstellt. Diese Stellung ist im Auge zu behalten. Das Kohlenergänzungsamt ist nicht einseitig, sondern Vorläufer, hinter dem die übrige Kohlenindustrie mehr oder weniger kampfbereit in Reih und Glied steht. Es war also für England Gesamtindustrie, daß die Kohlenstreiker jetzt plötzlich den Arbeitern aufrufen: „Wir können bei Wahrung der heutigen Löhne und Arbeitsstunden nicht mehr fortfahren. Wollt ihr also es uns und euch ersparen, euch zu entlassen, so müßt ihr eure Löhne- und Arbeitsbedingungen revidieren. Dies ist das einzige Mittel zur Wiederbelebung der Industrie, die letzten Endes auch euch zugute kommen wird.“

Obwohl man diese Sentenzen seit Jahr und Tag gehört hat, so war die Lage doch infoluen neu, als die Bergwerksführer jetzt unabweisbar zu verstehen geben, daß sie gewillt seien, für ihre Wahrheit zu kämpfen. Nur so sind die außerordentlich scharfe Kündigung des gegenwärtigen Lohnabkommens und das ultimativ-gleiche Angebot neuer Arbeitsbedingungen zu erklären. Denn mit diesen neuen Arbeitsbedingungen wußt die Industrie einen schon in Fortkriegslagen angenommenen Grundgedanken über den Gehalt, nämlich die erste Stelle hinter den Betriebskosten der Kohlenwerke, nicht oder der Gewinnsteuern. Während also nach der bisherigen Regelung zunächst die Mindestlöhne ausgehakt und dann erst der Gewinn errechnet wurde, fordert die Kohlenindustrie jetzt vorherige Sicherstellung eines Gewinnes von 13 Prozent der nach Abzug der Betriebskosten übrig bleibenden Einnahmen. Zudem verlangt die Industrie (ausgedrückt oder alternativ) die Verringerung des bisherigen 7 1/2-Stunden-Tages im Bergbau zugunsten des Achtstundentages. Und nicht genug hiermit kämpft die Industrie gegen den von der Arbeiterfront vertriebenen Grundgedanken der Reichshilfe, an deren Stelle ein dürftiges, sich nach der Rentabilität und den Lebenskosten der einzelnen Industrieprovinzen richtendes Lohnsystem treten soll. Es ist zu verstehen, daß ein derartiges Programm die gesamte Arbeiterschaft in Verzweiflung brachte, und daß man es weniger als Forderungsbefehl, denn als Forderung des Kampfes in einem für die Arbeiterschaft unangenehmen Augenblick betrachtete. Dabei waren die Arbeiter eifrig genug zuzuhören, daß es der Kohlenindustrie nicht schlecht geht, und daß zwar nicht die sogenannten „reinen Gruben“, aber doch die Mehrzahl der Betriebe mit Verlust arbeitet. Nur sagten die Bergarbeiter hinzu, daß es ihnen selbst noch viel schlechter gehe. Das ist allerdings eines Durchschlagswundern von 50 Schillingen nicht zu bestreiten, zumal, da das deutsche System der Lohnföhrung in England nur vereinzelt ausreicht ist, gewiss nicht die materiellen Grundlagen des neuen Vorschlags werden hier Eifer angreifen. Denn, indem die Unternehmer sich zunächst 13 Prozent Gewinn sicherstellten, hatten sie das Hauptziel der Abschweifungen auf den Arbeiter gewälzt, der somit eines Tages in die Lage kommen konnte, für 35 Schillinge Wochenlohn zu arbeiten. Was es unter diesen Umständen nicht vorzuziehen, mit 18 Schillingen Arbeitslohnunterstützung in der Zeche zu bleiben, als für 17 Schillingen mehr sein Leben unter der Erde zu verbringen?

So heißt die Bergarbeiter sich durch dieses Angebot herauszufordern fühlen mochten, so mußten sie sich doch sagen, daß sie in dieser Zeit der Abwärtskurve zu schwach waren, um allein den Kampf mit den Industrieherrn aufzunehmen. Sie sahen sich also nach Bundesgenossen um, wobei Frankreich das am weitesten liegt, indem er die Errichtung eines internationalen Arbeiterbundes zur Milderung der Bergarbeiterlöhne befristet. Anders sagen den Kreis engerer Kreise im Sinne. Sie hielten ihren Arbeitsgenossen anderer Industriezweige vor Augen, daß der Bergbau nur die erste Angriffsfläche der Unternehmer sei, die nach Erstürmung dieser Barriere die Lohnföhrungsfrage auf jeden Fall durch das Land hinwegwischen. Denn der jetzige Angriff sei nichts anderes als der Höhepunkt einer seit Jahren betriebenen Bewegung zur Herabsetzung der Löhne. Seit ihrem Beginn im Jahre 1920 habe die englische Industrie Lohnersparnisse von 800 Millionen bis 1 Milliarde Pfund gemacht. Der Appell der Bergarbeiter verhallte nicht. In dem Bewußtsein, daß nach Befreiung der Bergarbeiter die Kräfte an sie kommen würden, sagten die Transportarbeiter und Eisenbahnarbeiter die Einstellung der Kohlenbeförderung zu, falls die Kohlenbergwerke geschlossen würden. Mit diesem Versprechen, daß die bergbauwürdige Streikgefahr in eine gefährliche Nähe des Generalstreiks rüfte, wurde aus dem Kampf der Bergarbeiter eine Nationalangelegenheit der englischen Arbeiterschaft, die sich darüber hinaus sogar als Vorläuferin der internationalen Arbeiterschaft empfinden kann. Denn sie sieht, daß gegen das ganze Amerika, das seine hohen Löhne bisher als die einzige wahre Revolution der Welt betrachtete, an einer Kürzung der Arbeitslöhne

arbeitet. An idealistischen Momenten fehlt es somit nicht in dieser Krise, zumal da auch der Kampf um den Achtstundentag, den gewiß mancher Arbeiter in der heutigen Not opfern würde, zum großen Teil in das Gebiet des politischen Bestreben fällt. Gerade dieses Bewußtsein, nicht nur für das Fortkommen, sondern auch für eine Sache zu kämpfen, macht den Konflikt besonders schwer und folgenschwer, auch wenn man die naturgemäß jetzt wieder auftauchenden Bestrebungen zur Rationalisierung der Bergwerke außer Rechnung läßt.

### Konferenz der Arbeiter und Unternehmer.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses.

(Telegramm unserer Korrespondenten)

London, 29. Juli.

Die gefürchte Besprechung Baldwin mit den Bergwerksunternehmern hat volle zwei Stunden gedauert. Es verstand, daß der Kabinetrat den Vorschlag geprüft hat, den Unternehmern während einer Nebensitzung von zwei Monaten eine Anleihe zu garantieren. In diesen zwei Monaten, in denen nach dem bisherigen Lohnabkommen weiter gearbeitet werden soll, soll dann eine genaue Untersuchung über die Lage der Bergwerksindustrie erfolgen. Eine Entscheidung dürfte bis jetzt jedoch nicht gefaßt sein. Die Meldungen eines Teiles der Abendpresse, daß die Unternehmer die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. Juli zurückgezogen hätten, hat sich nicht bestätigt.

Heute vormittag trifft Baldwin mit den Vertretern der Bergarbeiterdelegation zusammen. Am Nachmittag findet dann die ungenannte wichtige Konferenz der Bergarbeiter und Bergwerksunternehmer unter Vorsitz Bridgemans statt. Dieser Konferenz wird auch Baldwin beiwohnen. Infolge des großen Grades, der noch immer völlig ungelöst ist, bleiben sämtliche Kabinettsmitglieder in London.

Im Unterhaushaus geht eine Debatte über die Sicherheit in der Bergwerke voran. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Grenfell, teilt aufsehenerregende Zahlen mit. Hier- noch finden jährlich 1200 Bergarbeiter den Tod in ihrem Berufe, während 200000 mehr oder weniger schwer verletzt werden. Je einer von 25 Arbeitern, die sich diesem Berufe ein Leben und zweihundert Verletzungen kosten. Im vergangenen Jahre waren 18000 englische Arbeiter in der Erde zu verzeichnen. Grenfell schließt die Schuld hierfür den mangelnden Sicherheitsmaßnahmen in den englischen Bergwerken zu, die vor allem zu wenig Inspektoren hätten. Denn ein Inspektor für je 12000 Mann sei völlig ungenügend. Gegen diese Befürchtungen führte der Bergwerksminister Lane Fox aus, daß der englische Bergbau noch immer eine geringere Zahl an täglichen Unfällen aufzuweisen habe, als irgendein anderes Land der Welt.

Zur Bericht des von der Regierung eingesetzten Untersuchungsausschusses, dem man die Aufgabe gestellt hatte, die Ursachen der Kohlenkrise festzustellen, ist gestern seit abends veröffentlicht worden. Das Komitee stellt zunächst allgemein fest, daß die Kohlenkrise ähnlich wie alle früheren Industriekrisen weniger auf beide sich nun streitenden Parteien als auf die allgemeine Lage in der Welt zurückzuführen sei. Die Hauptursachen der Untersuchungsausschusses sind etwa folgende: Der Untersuchungsausschuss erklärt, daß die Arbeiter berechtigt seien, zu fordern, daß jedem Lohnabkommensvertrage, das man ihnen anbietet, ein Lohnminimum zugrunde liegen müsse. Die Höhe dieses Minimums müsse Gegenstand der Verhandlungen zwischen beiden Parteien sein. Die Ansicht, daß man Löhne als Steuer für die Industrie betrachten, zeuge von Streich- und sei zweideutig. Wenn die Auffassung aber sei, daß die Löhne gemäß einem festgelegten Minimum in der Praxis eine Steuer darstelle, die vom Profit abgezogen werden müsse, so könne der Untersuchungsausschuss dieser Auffassung zustimmen. Der Untersuchungsausschuss glaubt ferner annehmen zu können, daß die Möglichkeit vorhanden sei, die Arbeitsfähigkeit der Industrie als Ganzes außerordentlich zu heben und auf diese Weise die ökonomische Lage zu verbessern. Weiteres Zusammenarbeiten von Seiten der Juden würde die Arbeiter befähigen, soziale Einrichtungen gemeinsam mit größerem Vorwille zu benutzen und würde ein ökonomisches Wirtschaften ermöglichen. Man müsse sich darüber klar werden, ob die Industrie isoliert bleiben soll, oder ob nicht durch Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen bessere Resultate erzielt werden könnten.

Paris, 29. Juli.

In seinem Bericht über die Sitzung des Gutsratkomitees des internationalen Bergarbeiterverbandes führt der „Matin“ aus, daß der Vorschlag der englischen Delegation, in verschiedenen Ländern einen allgemeinen Streik zu beginnen, von der deutschen Delegation lebhaft bekämpft wurde und eine erregte Diskussion auslöste. Die angenommene Resolution befristete die Verpflichtung zu einem internationalen solidarischen Generalstreik. Vor der Abreise nach England habe der englische Vertreter Goot erklärt, daß der Bergarbeiterstreik ihm unvermeidlich erscheine und daß, wenn er nicht bereits an kommenden Freitag einsetze, der Streik acht oder vierzehn Tage später ausbrechen dürfte. „Petit Journal“ hebt ebenfalls hervor, daß, während die Delegierten sämtlicher Länder bereit gewesen seien, den Engländern ihre vollkommene Hilfe zu gewähren, die deutschen Vertreter nicht bereitwillig hätten, das sie an einer internationalen Streikbewegung nicht teilzunehmen werden.

## Frankreichs Sanierungsversuch.

Die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung.

(Nachdruck verboten.)

Von Professor Dr. Julius Hirsch,

Staatssekretär a. D.

II.

Ob der Geldumlauf günstiger oder ungünstiger für die Aufrechterhaltung der Währung ist als in der Vorkriegszeit, das läßt sich ungemein schwer beurteilen. Wir sagten schon, daß man in Frankreich damit rechnet, daß 6 bis 7 Milliarden Francs an Noten gehandelt seien. Die Zahl ist reichlich hoch. Bisher in der Vorkriegszeit gehandelt waren, insbesondere was früher an Gold und Noten festgelegt wurde, läßt sich schwer beurteilen. Bei dem miträufler Charakter einer Nation, die schon einmal durch Affinität betrogen worden ist, kann das noch wenig gewesen sein. Seit einigen Monaten beobachtete man aber doch in Frankreich hier und da erhöhte Kaufneigung, eine beginnende Flucht aus dem Geld in die Ware. In einigen Teilen des Landes hat auch „Die Gutachten des Dollars“ jetzt langsam begonnen, das heißt, das Sanieren beginnt an einigen Stellen in fremder Währung, und damit wurden inländische Noten wieder etwas mehr frei und in den Verkehr geschoben. Verschleppung des Geldumlaufs aber gleichartige Wirkungen wie Vermehrung der Notensumme.

Das kann natürlich wesentlich anders werden, sobald man wieder an die Stabilität glaubt. Die nächste Voraussetzung ist die Innehaltung der Verpflichtungen hinsichtlich der künftigen Finanzpolitik, und die andere, hier ganz entscheidende, das Vertrauen des Auslandes.

Bei uns vermisst man immer als Hauptursache des Währungsverfalls auf die Zahlungsbilanz, auf das Ausland. Die Hauptursache unseres Unfalls lag längst vor der Hochinflation, bei unserer Finanzpolitik. Trüben, in Frankreich, versucht man es ganz ausschlaggebend mit inneren Mitteln, und die Hauptgefahr für den französischen Franc liegt ebenso zweifellos im Ausland. Genau wie das Ausland bei den ersten Stürzen der deutschen Mark die deutschen Werte in dem festen Glauben gekauft hatte, daß die Mark wieder steigen werde, so auch mit Frankreich. Der Betrag, den Deutschland ein französischer Zahlungsbilanz dafür beizubringen ist größer als alles, was man bisher angenommen hat. Nach der Schätzung des Herrn Clapham-Gaillard in der „Information“ scheint das Ausland an französischen Werten nicht weniger als 34 Milliarden Francs (ungefähr 8 1/2 Milliarden Goldfrancs) in Händen zu haben. Von diesen sind schätzungsweise 12 bis 14 Milliarden auf Papierfrancs lautende Schulden, auch Noten.

Die Gefahr hätte sich an sich verringern müssen, wenn die allgemeine Annahme richtig ist, daß zum mindesten im letzten Jahre die französische Zahlungsbilanz aktiv gewesen wäre. Ohne auf dieses Problem hier näher einzugehen, möchten wir doch bemerken, daß uns die Aktivität der französischen Zahlungsbilanz überrascht zu werden scheint. Was aber auch in dieser Hinsicht an fremder Zahlungskraft heringekommen sein mag, der Markstoff wird einen sehr großen Teil davon wieder herausnehmen. Schwindet nun aber die Hoffnung der Welker französischer Werte im Ausland auf beträchtliche Wertsteigerung, entsteht bei ihnen gar die Befürchtung weiteren Einflusses. So werden sie trotz aller Sympathien für Frankreich einen Teil dieses Betrages auf den Markt. Da mag man mit inneren Finanzmaßnahmen tun, was man will, dann sinkt der Kurs des Zahlungsmittels im Ausland, und auch drastische Maßnahmen auf dem Finanzgebiet im Inlande dann nicht stark genug. Die größte Gefahr für Frankreich sind diejenigen Anleihehelfer und sonstige Francswerte, die in englischsprachigen Ländern schwimmen, also in England, den Vereinigten Staaten und dem Rest Frankreich durchziehen Kanada. Herr Gaillard beschäftigt demnach in die Neue Welt zu reifen. Es kommt dorthin, belastet mit Erdbeverungen einer Situation, die er bestimmt selber nicht geschaffen hat, die ihm aber den fähigen Verlust einer Stabilisierung fallender Währung auf ziemlich niedrigem Niveau nicht eben erleichtert wird. Jedemal, wenn Amerika an Zahlung seiner Forderungen gegenüber Frankreich erinnert, rückt der Franc. Die Vorschläge, die von dort bisher gemacht wurden, hätten ziemlich genau die gleiche Zahlung an Amerika erfordert, wie Frankreich sie in den nächsten Jahren von Deutschland für Reparationen bekommt. Damit schwindet aber natürlich die Hoffnung vieler Anleihegläubiger im Ausland, daß der Franc sich mit Hilfe deutscher Leistungen wieder stark heben werde. Welche Motive Amerika dazu veranlassen, das ist bekannt genug. Amerika will nicht mit seinem Gelde die Kationen der europäischen Völker untereinander finanzieren, also auch nicht die Kationen rund um Deutschland herum. Es in dieser Hinsicht die Antwort des Herrn Briand wegen des Sicherheitswertes die Absichten des Herrn Gaillard gerade in Amerika besonders gefaßt hat, das mag dahingestellt bleiben. Sollte überhaupt irgend ein Erfolg drüber eintreten, so war die Klärung des Hauptgebiets unerläßliche Voraussetzung. Hier und nicht etwa in juristischen Deduktionen irgendeines Auswärtigen Amtes liegt die tiefste Ursache der beginnenden Räumung. Amerika wird Frankreich gegenüber um so mehr entgegenkommend sein, je weniger es sich in der Gefahr sieht, nicht nur seine gegenwärtigen Forderungen, sondern auch alle künftigen Wirtschaftsanforderungen durch neue wirtschaftliche Auseinander-